



EUROPÄISCHE UNION



Brüssel, den 4. März 2014  
7267/1/14 REV 1  
(OR. en)  
PRESSE 116

**Erklärung der Hohen Vertreterin  
im Namen der Europäischen Union  
zum ugandischen Gesetz gegen Homosexualität**

Die Europäische Union verurteilt das von Uganda am 24. Februar angenommene Gesetz gegen Homosexualität. Die EU teilt uneingeschränkt die Bedenken, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu geäußert haben.

Die EU setzt sich entschieden für die Förderung der Menschenrechte weltweit ein und verurteilt jedwede diskriminierenden Rechtsvorschriften. Die EU wird prüfen, wie sich dies in Uganda angesichts der veränderten Situation am besten erreichen lässt.

Das Gesetz gegen Homosexualität widerspricht den internationalen Zusagen der Regierung Ugandas, die grundlegenden Menschenrechte aller seiner Bürger zu achten und zu schützen. Die EU fordert Uganda auf, für Gleichheit vor dem Gesetz und für Diskriminierungsfreiheit zu sorgen, wozu es nach den internationalen Menschenrechtsnormen einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker verpflichtet ist.

Die EU fordert den Staat Uganda nachdrücklich auf, jeden Einzelnen gegen Diskriminierung oder Gewalt zu schützen und das Gesetz gegen Homosexualität aufzuheben.

**P R E S S E**

---

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026  
[press.office@consilium.europa.eu](mailto:press.office@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/press>

7267/1/14 REV 1

1  
**DE**

Die Bewerberländer ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*, Montenegro\*, Island+ und Serbien\*, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien und Bosnien und Herzegowina und die dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörenden EFTA-Länder Liechtenstein und Norwegen sowie die Republik Moldau und Armenien schließen sich dieser Erklärung an.

\* Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

+ Island ist weiterhin Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.

---